

Äthiopien-Flüchtling **Hawi (16)** ist jetzt in Kreuzlingen

«In Genf ist doch die Uno, oder?»

Polizei und Grenzwatche schickten den 16jährigen Hawi* vor drei Wochen in Chiasso auf eine Irrfahrt. Erst dank work-Begleitung konnte er schliesslich einen Asylantrag stellen. work hat ihn nun im Aufnahmezentrum besucht.

SABINE REBER

Vor drei Wochen, kurz vor 21 Uhr beim Bahnhof San Giovanni in Como: ein verdatterter und verängstigter Junge wird aus einem Kastenwagen ausgeladen. In der Hand hält er einen Brief von der Kantonspolizei Uri. Er kann ihn nicht lesen. Er ist auf deutsch. Die work-Journalistin übersetzt. Im Wisch steht: Name: Hawi P., Alter: 16, Nationalität: Äthiopien. Und dass er sich bis 22 Uhr am selben Abend beim Empfangs- und Verfahrenszentrum Chiasso melden müsse, um einen Asylantrag in der Schweiz zu stellen. Die Zeit ist knapp – und der Ortsplan, der dem Schreiben beiliegt, ist falsch. Nur dank der Begleitung von work kommt Hawi dazu, sein Recht auf einen Asylantrag wahrzunehmen (die ganze Geschichte unter goo.gl/iQFq4p).

Letzte Woche, kurz nach 15 Uhr, Kafi Agathu, Kreuzlingen TG: Hawi sitzt im schicken, rot-weiss gestreiften Hemd im Lokal, das von Freiwilligen der «Arbeitsgruppe für Asylsuchende Thurgau» geführt wird. Dort gibt's gratis Tee und Kuchen für die Geflüchteten. Das Hemd stammt aus dem Fundus freiwilliger Kleiderspender. Genau wie die Jeans. Die sind zerrissen. Hawi entschuldigt sich: «Sie sind erst gestern kaputtgegangen.» Er habe zwar ein zweites Paar Hosen bekommen, «aber die bewahre ich für besondere Gelegenheiten auf».

WARTEN, WARTEN

Wie geht es ihm? «Gut, gut», sagt er, «die Leute sind ganz ok hier. Nur mit dem Schlafen ist es schwierig.» Sie seien 18 Jungs in einem Zimmer, alle hätten sie Albträume von ihrer Flucht, und man komme halt nie richtig zur Ruhe auf so engem Raum.» Und tagsüber? «Warten, warten, den ganzen Tag warten.» Hawi rollt die Augen: «Ich weiss noch nicht einmal, wann mein erstes Gespräch stattfindet.»

Und nachher? Was möchte Hawi später werden? Zuerst will er die Autoprüfung machen. Und Deutsch lernen. Und dann studieren. Hawi: «Ich will Arzt werden, damit ich den Kindern helfen kann, ich habe so viele kranke Kinder gesehen auf der Flucht. Wenn ich Arzt bin und ein Auto habe, kann ich losfahren und ihnen helfen.»

DIE UNO

Über die Schweiz weiss Hawi nur eines: «In Genf ist die Uno. Und die Uno kümmert sich um die Menschenrechte. Oder?» In Äthiopien hätten die Verfolgten vom Oromo-Volk, zu dem Hawi gehört, immer gesagt, wenn



VORLÄUFIGE SICHERHEIT: Hawi zeigt einem anderen Geflohenen die work-Ausgabe mit seiner Geschichte. FOTO: STEFAN BÖSCH

irgendwo auf der Welt die Menschenrechte eingehalten würden, dann in der Schweiz. Hawi möchte glauben, dass nun alles gut werde. Doch die Ungewissheit macht ihm sehr zu schaffen. Immer wieder fragt er: «Wie lange das wohl dauert?» Bis jetzt hat ihm noch niemand erklärt, wie belastend und kompliziert ein Asylverfahren ist. Hawi versteht das alles nicht. Er fragt nach seinen Freunden, die noch immer in Como festsitzen.

HANDY ABGENOMMEN

Sie wissen nicht, wie es ihm geht. Genauso wenig wie seine Mutter, die mit der kleinen Schwester noch in Äthiopien lebt. Sie hatte die Familie mit einem Früchte- und Gemüsehandel durchgebracht, nachdem der Vater erschossen worden war. Er hatte sich für

Bauernrechte gewehrt. Dann holte das Militär auch die Mutter. Sie kam ins Gefängnis und verlor ihr Geschäft. Hawi möchte ihr gerne sagen, dass er in der Schweiz sei. Am Leben – nach einer monatelangen Flucht durch Bürgerkriegsgebiet, die Wüste, übers Mittelmeer und durch Italien. In

Vater erschossen, Mutter verhaftet, Geschäft kaputt.

Sicherheit – zumindest vorläufig. Doch er kann sie nicht anrufen. Die Sicherheitskräfte im Empfangs- und Verfahrenszentrum Kreuzlingen ziehen die Handys der Geflohenen ein. Die Reporterin streckt ihm ihr Handy hin. Er wählt eine Nummer, unter der er früher seine Mutter kontaktieren konnte. Es läutet. Doch niemand nimmt ab.



DIE KRIEGE DER SCHWEIZ

Mohamed Alfhani ist ein eleganter, freundlicher Herr mit einem kleinen Schnurrbart und traurigen braunen Augen. Er war lange Zeit Staatssekretär im Aussenministerium von Bahrain, später dann Mitglied des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates.

Die Betonköpfe im VBS segnen Gesetzesbrüche regelmässig ab.

Ich erinnere mich an einen kühlen Herbstmorgen vor zwei

Jahren. Im Genfer Völkerbundpalast kam Alfhani quer durch den Saal strahlend auf mich zu. «Professor. Ich danke Euch! Eure Mowags haben mein Land gerettet.»

UNSERE MOWAGS. Bahrain ist ein winziges – und dank Erdöl schwerreiches – Königreich am Persischen Golf. Der sunnitisch-wahabitische König terrorisiert seine zu zwei Dritteln schiitischen Untertanen. Ein Volksaufstand im Frühling 2011 wurde niedergeschlagen, auch dank den gepanzerten Fahrzeugen Marke Mowag, welche die Schweiz an Saudiarabien geliefert hatte. Die saudische Armee war in Bahrain eingefallen und hatte Tausende getötet. Der Waffenexport ist eines der trübsten Kapitel der Schweizer Gegenwart. Zwar verbietet das Kriegsmaterialgesetz Waffen- und Munitionsexporte in kriegführende Länder. Aber der eidgenössische Rüstungskonzern Ruag hat eine starke Lobby in Bern, die von Moral nichts wissen will. Und die Betonköpfe im Verteidigungsdepartement segnen Gesetzesbrüche der Waffenkonzerne regelmässig ab. Nur einige Diplomaten im Aussenamt protestieren. Meist ohne Erfolg.

Saudiarabien führt einen Vernichtungskrieg gegen die Bevölkerung der Huti in Jemen. Die Schweizer Waffenexporte nach Riad wurden für kurze Zeit gestoppt, dann aber wieder bewilligt. Mit Israel unterhält die Schweiz eine intensive Zusammenarbeit bei der Entwicklung modernster Waffensysteme. Israels Armee tötet immer wieder Palästinenserinnen und Palästinenser. Verteidigungsminister Guy Parmelin hat keinen Einwand dagegen. Ende Juli berichtete der «Sonntagsblick», dass bei einem mörderischen Terroranschlag in der Türkei auch Schweizer Handgranaten eingesetzt worden waren Die GSoA hatte im letzten Monat gemeldet, dass die Ruag 250 000 Handgranaten in den Mittleren Osten geliefert habe, deren Verwendung sie längst nicht mehr kontrollieren könne.

DIE IDEALLÖSUNG. SVP-Nationalrat Andreas Glarner machte jüngst einen Höhlenbewohner-Vorschlag: Auf Schweizer Waffen sollten die Herkunftsangaben in Zukunft gelöscht werden. So könne niemand mehr feststellen, woher die Mordinstrumente kämen. Die Ideallösung für die Ruag und andere Waffenexporteure.

Die GSoA ist eine der bewunderungswürdigsten Bewegungen unseres Landes. Sie sagt der Finanzierung der Waffengeschäfte, das heisst konkret der Geschäfte mit dem Tod, den Kampf an. Auf kommunaler Ebene sind entsprechende Initiativen bereits im Gang. Eine nationale Volksinitiative soll im kommenden Frühjahr lanciert werden. Dabei verdient sie die unbedingte Solidarität von uns allen.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein neuestes Buch, «Ändere die Welt!», ist im März 2015 auf deutsch erschienen.

Unia: 20 000 Franken für die Ärzte ohne Grenzen

«Die zynische Abschottungspolitik der EU geht uns alle an», sagt Unia-Präsidentin Vania Alleva. Darum setzt sich die Unia für die Geflüchteten ein, und spendet 20 000 Franken an Ärzte ohne Grenzen.



VANIA ALLEVA: «Fluchtursachen statt Flüchtende bekämpfen!»

FOTO: UNIA

Warum spendet die Unia eine so grosse Summe an eine andere Organisation?

Vania Alleva: Grosse Summe? In Syrien hat ein schrecklicher Krieg 12 Millionen Menschen vertrieben. Die Türkei ist dort eine – inzwischen offen – kriegführende Partei. Mit dieser Kriegspartei hat Europa im Früh-

ling einen schmutzigen Deal gemacht: Wir geben euch Geld, damit ihr die Vertriebenen in Elendslager steckt oder gar nicht erst aus Syrien herauslässt. Aus Protest gegen diese Politik verzichteten Ärzte ohne Grenzen im Juni auf sämtliche Subventionen aus EU-Ländern. Auf 60 Millio-

nen Euro – bis die EU ihre zynische Politik ändert und statt die Flüchtenden die Fluchtursachen bekämpft. Unsere symbolische Spende soll diese klare politische Botschaft an die Regierungen Europas unterstützen.

Aber was hat das mit der Schweiz zu tun?

Die unbeschränkte Herrschaft des Profits hat nicht nur jede Grenze hinweggefegt, sie hat auch 65 Millionen Menschen – mehr als je zuvor in der Menschheitsgeschichte – in die Flucht getrieben. Tausende sterben auf ihrem Weg übers Mittelmeer.

Die europäische Abschottungspolitik ist absolut mörderisch, und wir sind Teil davon.

Und was hat das mit der Unia zu tun?

In unserer 150jährigen Geschichte haben wir Gewerkschaften gelernt, dass die Geschlagenen und Gedemütigten nie etwas gewinnen können, wenn andere geschlagen und gedemütigt werden. Darum setzen wir uns für gerechte Arbeits- und Lebensbedingungen für alle ein – unabhängig der Herkunft. Eine gerechtere Welt können wir nur gemeinsam schaffen! (sr)